Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis halbmonatlich frei ins Haus 1 Mark (monatlich 2 Mark), durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 2 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Stern" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 239. ★ Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von [illegible] Uhr. Sonnabends von [illegible] Uhr. ★ Postscheckkonto Nr. 13 333 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 30 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, [illegible] ★ Anzeigen tags vorher bis 1 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Sonnabend, 30. Mai 1925 | Nummer 40

Das schändliche Judaswerk vollendet!

Die Verräterrolle der sächsischen Sozialdemokraten im Landtag entlarvt!

Erklärung der Kommunistischen Fraktion

zum Raub der Arbeiterrechte in den sächsischen Gemeinden

Die jetzt von der reaktionären Mehrheit des Sächsischen Landtages durchgeführte Verschlechterung der Gemeindeordnung ist **die erste offene und brutale Maßnahme** zu den von der **monarchistischen Luther-Regierung angekündigten reaktionären Vorstöße gegen die Arbeiterschaft, zum Wahlrechtsraub und zur Verfassungsänderung im Reich.** Zum Raub der den Arbeitern aus ihren Kämpfen und der Revolution 1918 noch verbliebenen Rechte. Sie ist die Degradierung der Arbeiterschaft in den Gemeinden zu dem Zwecke, die Machtpositionen des Bürgertums zu festigen. Sie ist die Ausschaltung der Arbeiter **vom Mitbestimmungsrecht in den Gemeinden.**

Das ehemals rote Sachsen geht in der Verwirklichung der reaktionären Pläne der Verwirklichung der monarchistischen Konterrevolution voran.

Unter einer in ihrer Mehrheit von den Sozialdemokraten zusammengesetzten Regierung **ist Sachsen ein Vortrupp der Konterrevolution.** Die sozialdemokratischen Minister und die 23 Sozialdemokraten haben **nicht nur** die Rolle der Helfer der Reaktion, sondern die Ausführung, die Vertretung der reaktionären **Maßnahmen übernommen.** Sie haben in Sachsen mit aller Deutlichkeit die Rolle der **Sozialdemokratischen Partei als die Interessenvertreterin des Bürgertums vor der gesamten Arbeiterschaft gezeigt.**

Die Gemeindeordnung, die 1923 in Sachsen **angenommen** wurde, wurde trotz aller Mängel die von den Kommunisten von Anfang an aufgezeigt wurden, von den Sozialdemokraten als das Prunkstück sozialdemokratischer Regierungskunst den breiten Massen der Arbeiter gepriesen. Jetzt zertreten die Sozialdemokraten ihr „Prunkstück" und zeigen damit den Massen der Arbeiter ihre Rolle als Wegbereiter der Reaktion. Sie ebnen mit den Raub der sächsischen Arbeiterrechte in den sächsischen Gemeinden der Reaktion im **Reich den Weg.**

Die Verantwortung für diesen reaktionären Schandstreich trägt gegenüber der Arbeiterschaft die SPD. in ihrer Gesamtheit.

Die parlamentarische Opposition der Linken hat keinen weiteren Zweck als den **einer neuen Verwirrung der Arbeiterschaft.** Die Linken haben dadurch, daß sie sich von ihren rechten Fraktionskollegen nicht organisatorisch getrennt haben, daß sie keinen wirklichen Kampf außerhalb des Parlaments **gegen die Politik der Rechten und des** Sozialdemokratischen Parteivorstandes geführt haben, sondern daß sie die **Massen der sozialdemokratischen Arbeiter immer wieder an die SPD. gebunden, den 23 und dem Berliner Parteivorstand erst die Möglichkeit zu ihrem Arbeiterverrat gegeben.**

Die Linken sind vor dem Parteivorstand ständig feige zurückgewichen. **Sie haben eine grundsätzliche Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter von der Politik der sozialdemokratischen Partei verhindert.** Ihre ständigen Kompromisse und Versöhnungsangebote an die 23, ihre die der rechten übertreffenden Kommunistenhetze haben die Stellung der 23 und damit der Gesamtreaktion gestärkt und gefestigt.

Die Linken sind nicht bereit zu einer grundsätzlich anderen Politik wie die Rechten. Sie sind ebenfalls bereit zu einer Koalition mit dem Bürgertum.

Sie sind ständig bereit zu einer Versöhnung mit den Rechten. Zu einer Unterwerfung unter die Politik des Parteivorstandes. Die Linken bilden, solange in Sachsen nicht die Gesamtpartei in die Rolle der für das Bürgertum notwendigen Opposition einschwenken kann, die für den Parteivorstand und das Bürgertum notwendige Opposition zur Verwirrung und Fesselung der Massen, **zur Verhinderung ihres Ueberganges zur Kommunistischen Partei.** Die Linken führen mit ihrer Politik nur einen anderen Teil der Taktik der sozialdemokratischen Gesamtpartei durch.

Die Arbeiter Sachsens müssen diese Rolle der linken Sozialdemokraten erkennen. Sie müssen erkennen, daß die Linken nie die Absicht zu einem wirklichen Bruch mit den Rechten haben werden.

Die Arbeiter Sachsens müssen bei den Auseinandersetzungen über die Verschlechterung der Gemeindeordnung erkennen, daß nur die Kommunistische Partei ernsthaft und entschlossen gegen die Reaktion kämpft, **daß nur die Rätemacht der Arbeiter die Vorstöße der Reaktion verhindern, die Konterrevolution vernichten kann.**

Die Kommunistische Partei fordert die Arbeiter auf, in den Betrieben und Gewerkschaften **die Einheitsfront gegen die Reaktion zu organisieren.** Gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern zu kämpfen **um die Einheit der Gewerkschaften, um die Beseitigung dieses Landtages, für die Rechte und Macht der Arbeiterklasse.**

Die Kommunistische Partei ruft den Arbeitern Sachsens angesichts des Vorstoßes der Reaktion zu:

Weg mit der Kommunistenhetze!
Weg mit diesem Landtag!
Schafft die Einheitsfront der Gewerkschaften!
Einheit mit Sowjet-Rußland!
Heraus aus der Sozialdemokratischen Partei!
Hinein in die Kommunistische Partei!

Der Aufruf der sächs. Sozialdemokraten und was daraus für jeden denkenden Arbeiter folgen sollte

Von Ruth Fischer.

Es ist nicht ganz ein Jahr her, seit auf dem Parteitag der sozialdemokratischen Partei eine Kommission unter dem Vorsitz Barmat-Heilmanns den sogenannten sächsischen Konflikt „beigelegt" hat.

Der Konflikt besteht, um es mit einem Wort zu sagen, darin, daß von den 40 sächsischen Landtagsabgeordneten 23 mit den bürgerlichen Parteien einen **Bürgerblock gebildet** haben. Sie sitzen in einer **Koalitionsregierung mit der Volkspartei**, die in Sachsen so weit rechts steht, wie sonst nirgends. Diese Regierung wird von allen bürgerlichen Parteien, auch den Deutschnationalen, unterstützt, denn sie ist eine **wahrhaft** rechte Regierung, nicht trotz, sondern gerade **wegen** ihrer sozialdemokratischen **Mehrheit. Die 17 übriggebliebenen Sozialdemokraten der 40-Männer-Fraktion der SPD. nennen sich** „Linke" und „**bekämpfen**" ihre **Fraktionsgenossen, die sie „Rechte" nennen, durch homerisches Geschimpfe. Jene aber,** welche getreulich **die Politik machen, die ihnen Wels, Crispien, Dittmann und Hermann Müller nicht nur vorgeschrieben, sondern jahrelang in Preußen und im Reich vorgemacht haben, lassen sich durch das Geschrei ihrer ohnmächtigen „linken" Fraktionskollegen nicht rühren und erfüllen eifrig alle Befehle der** reaktionären Parteien — wie das jetzt bei **der Durchpeitschung der reaktionären Gemeindeordnung am krassesten in Erscheinung getreten ist.**

Der sächsische Konflikt besteht nun darin, **daß die Mitgliedschaft der SPD. in Sachsen ohne Ausnahme gegen diese Politik der bürgerlichen Lakaien ist, die sie in den Landtag geschickt hat, und die dort machen, was ihnen, den 23,** gut scheint.

Die sächsische Mitgliedschaft erlangt „Remedur" und wendet sich in einem Aufruf an die Gesamtpartei, die sie um „Hilfe" anfleht. Die sogenannten linken Führer der sächsischen Organisationen, die deshalb „links" sind, weil die **Mitglieder es sind, führen seit anderthalb Jahren die Mitglieder an** der Nase herum und machen ihnen Hoffnungen, die unerfüllbar sind.

Ein denkender sozialdemokratischer Arbeiter **sollte sich nun** die folgenden **Fragen vorlegen:**

1. **Ist die Politik der 23 folgerichtig oder die der 17?**
2. **Macht die Gesamtpartei eine Politik, die verschieden ist von der der 23?**
3. **Auf welcher Seite muß der Parteivorstand sein, auf der der 23 oder der 17?**
4. **Kann die Politik der SPD. überhaupt geändert werden?**

Die Politik der 23 ist durchaus folgerichtig. Sie, nicht die traurigen 17, die lediglich schimpfen können, haben vom Standpunkt der SPD. recht.

Die SPD. ist keine revolutionäre Partei und will keine sein. Die Parteipresse der SPD., an ihrer **Spitze der „Vorwärts", betont tagtäglich, daß die SPD. eine „reformistische" Partei ist. Aber sie lügen, ebenso wie sie vor dem Kriege logen, als sie die Reformisten „bekämpften" und sich eine revolutionäre Partei nannten. Jetzt haben sie einen Pflock** zurückgesteckt. Sie nennen sich offen eine **reformistische** Partei. Als die **USPD. zur SPD. ging, da war das offene Bekenntnis ihres Ueberganges zum Reformismus, das öffentliche Begräbnis ihrer revolutionären Ideale. Wir Kommunisten** hatten das **schon 1920 bei der Spaltung in Halle** vorausgesagt. Wir sagten damals: es gibt **nur zwei Wege, nicht drei. Der eine, das ist der Weg der Kommunistischen Partei,** zu der jetzt die größere Hälfte **der USPD. stößt.** Der andere, das ist der Weg Noskes, den die Crispien **und Hilferding beschreiten müssen, mögen sie sich jetzt (Oktober 1920)** noch so stolz spreizen **und noch so laut gackern über ihre Treue zum „Rätesystem" und zur Diktatur des Proletariats. All ihr** albernes Gerede über die „Diktatur von **Moskau" und die schrecklichen 21 Aufnahmebedingungen werden sie nicht hindern, bedingungslos unter die Fuchtel der Noske-Partei zu kriechen.**

Die Noske-Partei aber kann und wird nur **bürgerliche** Politik machen, denn sie hat alle Grundsätze des Sozialismus, selbst in Worten, längst von sich geworfen.

So sprachen **wir Kommunisten 1920 in Halle.** Wir haben **Punkt für Punkt recht behalten. Und es ist** eine **erbärmliche Feigheit** und eine traurige **Kinderei, den 23** vorzuwerfen, daß sie das **geblieben** sind, **was sie immer waren: Getreue Politiker der Noske-Scheidemann-Heilmannschen Schule.**

Es gibt nur eins von beiden: entweder **revolutionäre Klassenpolitik** oder reaktionäre **bürgerliche Klassenpolitik.** Innerhalb dieser bürgerlichen **Politik kann es Schattierungen geben und gibt es Schattierungen; aber ihr Wesen besteht darin, daß sie gegen das Proletariat, gegen alle ausgebeuteten Klassen und für die Aufrechterhaltung der** unumschränkten Herrschaft der **Bourgeoisie und des Kapitals ist.**

Diese Politik haben die 23 folgerichtig betrieben, ebenso wie die ganze SPD., die auch heute unter Hindenburg nur danach strebt, in eine Koalition mit den reaktionären bürgerlichen Parteien zu geraten und die in Hamburg das schon „geschafft" hat, in Preußen nach Erweiterung ihrer reaktionären „kleinen" Koalition (mit dem so „zuverlässigen", so „linken" Zentrum) durch die offen monarchistische Volks-

Minister Müller von Beutlers Gnaden

Im Sächsischen Landtag wurde im **Anschluß an die** dritte Lesung **der Verschlechterung der Gemeindeordnung** der Mißtrauensantrag der **„Linkssozialdemokraten" beraten.** Max Müller zog es vor, **während der Begründung** dieses Antrages **durch Liebmann sich in Gemeinschaft mit** den gesamten **bürgerlichen Fraktionen in der Kneipe des** Landtages **aufzuhalten. Die Deutschnationalen stießen** durch Beutler „**erklären**", **daß sie mit der Politik Müllers** einverstanden **seien und deshalb gegen den Mißtrauensantrag stimmen würden.**

Der Mißtrauensantrag wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 65 gegen 22 Stimmen der Linkssozialisten und **Kommunisten abgelehnt. Die Abgeordneten Dr. Sachs (Soz.) und Minister Müller enthalten** sich der Stimme.

Keine Räumung der Kölner Zone

London, 30. Mai. **(Telunion.) Unter der Ueberschrift „Frankreichs Erwartungen in Köln" schreibt der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian", daß das Erstaunen in** Paris **über die halbamtliche Erklärung in London, wonach Deutschland seinen Verpflichtungen bis Ende September nachgekommen sein dürfte und alsdann mit der Räumung Kölns begonnen werden würde, nicht gering sei. Man erkläre, daß** die Frage des **Datums der Räumung noch nicht aufgeworfen** sei. Deutschland **würde nur gesagt, was es unterlassen habe,** oder was es noch zu tun **habe.**

Als Kommunist gestorben!

Wie die Zankoffbestien die bulgarischen Revolutionäre morden.

Berlin, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) **Ueber den** scheußlichen Sofioter Mord an den drei angeblichen Kirchenattentätern wird **noch** folgendes bekannt. **Vor** den drei Galgen verlas der Staatsanwalt eine halbe Stunde lang das Urteil. Der tapfere Kommunist Friedmann nahm es mit **Lächeln,** die beiden übrigen Opfer Zankoffs mit Gleichmut auf. **Als ein** Offizier die zum Tod **durch** den Strang **Verurteilten** fragte, ob sie noch etwas zu sagen hätten, bekannte sich Genosse Friedmann **noch einmal stolz zum Kommunismus, als Kommunist habe er** gelebt, als Kommunist werde er sterben, mit **dem Attentat habe** er nicht das geringste zu tun. **Koeff erklärte, daß er vollkommen** unschuldig gehenkt werden **solle. Sein Appell an die Zuschauer, ihn den Henkern zu entreißen, traf nur Spott bei dem** weißgardistischen Publikum.

Massenentlassungen auf den staatlichen Gruben in Preußen

Essen, 30. Mai, (Eigener Drahtbericht.) Nach der „Essener Allgemeinen Zeitung" hat ein Vertreter des preußischen Handelsministeriums dem Gesamtbetriebsrat der staatlichen Gruben eröffnet, daß beabsichtigt sei, im Laufe des Juni 2000 Kumpels, Angestellte und Beamte zu entlassen.

Vor neuen Kämpfen in China

Tschangtsolin vor Peking?

TU. Berlin, 30. Mai. **Die Morgenblätter melden aus Peking: Tschangtsolin wird binnen kurzem Peking besetzen, das bereits von General Feng verlassen worden ist. Die Hügel nördlich von Peking sind bereits von Truppen Tschangtsolins besetzt.**